



SCHUSTER: Gambia darf Todesstrafen nicht vollstrecken

SCHUSTER: Gambia darf Todesstrafen nicht vollstrecken

BERLIN. Anlässlich der Ankündigung des gambischen Präsidenten Yahya Jammeh, sämtliche zum Tode verurteilte Gefangene hinrichten zu lassen, erklärt die Afrika-Expertin und Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion Marina SCHUSTER:
Die Ankündigung Präsident Jammehs, sämtliche in den Todeszellen Gambias einsitzende Häftlinge bis Mitte September hinrichten zu lassen, ist nicht hinnehmbar und aufs Schärfste zu verurteilen. Nach Angaben von Amnesty International wurden in der Nacht zum Freitag bereits Todesurteile gegen neun Menschen vollstreckt.
Diese Entwicklungen bedeuten einen massiven Rückschlag für die Menschenrechtslage in dem westafrikanischen Land, in dem zuletzt 1981 die Todesstrafe vollstreckt wurde. Die Todesstrafe negiert auf berechnende und zugleich kaltblütige Art und Weise das elementarste Menschenrecht: das Recht auf Leben. Sie ist die unmenschlichste und grausamste Strafe, die einem Menschen und seinen Mitmenschen angetan werden kann.
Auch die Afrikanische Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker fordert in ihren "Prinzipien und Richtlinien zum Recht auf einen fairen Prozess und rechtlichem Beistand in Afrika" von den Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (AU) ein Moratorium zur Aussetzung von Exekutionen sowie die Abschaffung der Todesstrafe.
Wir fordern Gambia daher in aller Deutlichkeit auf, alle Hinrichtungen zu stoppen und die Todesstrafe abzuschaffen. Gambia hat sich afrikanischen Menschenrechtsstandards verpflichtet und muss sich daran messen lassen. Die AU darf dazu nicht schweigen.

Kontakt:
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.